

Gesamtbaden oder Südweststaat?

Von Dr. Eduard Lais, badischer Minister der Wirtschaft und Arbeit

(...) Man propagiert den Südweststaat u.a. mit dem Argument, dass man erst bei einem Zusammenschluss der Länder Baden-Württemberg in der Lage sei, gegenüber den Bundesländern im Norden das einheitliche süddeutsche politische Gewicht in die Waagschale zu werfen, gleichzeitig aber sagt man auch, dass es notwendig ist, durch den Zusammenschluss ein Gegengewicht gegen Bayern zu schaffen. Wer noch einigermaßen denken kann, sieht hier die Brüchigkeit der Argumentation, denn die beiden Argumente reimen sich nun einmal nicht zusammen.

Zum weiteren versucht man es mit dem Gedanken des „Großraums“, der in wirtschaftlicher Hinsicht mit dem Zusammenschluss geschaffen würde. Wohin eine politisch-wirtschaftliche Megalomanie, zu deutsch: Großhanserei, führen kann, darüber hat man – glaube ich – im 1000-jährigen Reich seine Erfahrungen gemacht. (...)

Selbstverständlich, dass man aus solchen Gedanken heraus mit Verachtung auf die Gefühlsduselei der Altbadener herabblickt, die sich vermessen, altväterisch und traditionsgebunden am Vätererbe festzuhalten. (...)

Ich komme zu den wirtschaftlichen Argumenten: Die wirtschaftliche Schlagkraft würde wachsen, sagt man, wenn die Länder Baden und Württemberg zusammengingen. Was ist dazu zu sagen? Unseres Wissens wird die große Wirtschaftspolitik im Bund und nicht in den Ländern gemacht und der Einfluss der Länder auf diese Politik erfolgt über den Bundesrat. Wenn $2 \times 2 = 4$ bleiben soll, dann haben die süddeutschen Länder im Bundesrat umso mehr Einfluss auf diese allgemeine

Wirtschaftspolitik und überhaupt auf die staatliche Gestaltung, mit je mehr Stimmen sie in Bonn auftreten können. Dass aber bei einem Einheitsstaat der heutigen drei süddeutschen Länder und bei einem Zusammengehen von Altbaden und Altwürttemberg Stimmen verloren gehen, ist nun einmal eine Tatsache, die nicht aus der Welt zu schaffen ist. Was steht aber andererseits im Wege, dass sich in allen Fragen, die süddeutsche Belange berühren (...), die Regierungen in Karlsruhe und Stuttgart zusammuntun, um zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen? (...)

Aber es gibt darüber hinaus ja auch noch eine selbstständige Wirtschaftspolitik der Länder. Und diese möchten wir Altbadener allerdings in Unabhängigkeit von Stuttgart selbst bestimmen. (...) Und dass hier die Interessen in den beiden Ländern auseinandergehen, das dürfte doch bei denkenden Menschen keine Frage sein. Und dass sie dann (...) zugunsten der stärksten Seite entschieden werden und dass der schwächere Teil vergewaltigt wird, das mag im Bereiche des Allzumenschlichen liegen; nehme man es wie man will: wir Badener wollen jedenfalls sichergehen, dass wir unser Land nach eigener, auf unseren Leib zugeschnittener Fassung verwalten und regieren.

Und noch ein letzter Punkt: Man kommt uns mit der Menschenfreundlichkeit der Stuttgarter Finanzkraft, mit der man uns Badenern helfen wolle. Wir bedauern, von dieser Hilfe [bisher] nichts gemerkt zu haben (...).

Südkurier, 14.09.1950

Der politische Kampf um den Südweststaat (1948 bis 1952)
AB 4: Argumente gegen den Südweststaat



Klebebildchen
 © Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 2 T 1, Nr. 237



Südkurier, 23.9.1950, Nr. 114, S. 20-14
 © Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 2 T 1, Nr. 237

Gefühlsbetonte Argumente?
Von Staatspräsident Leo Wohleb

(...) Hat es der nordamerikanischen Bundesrepublik politisch oder wirtschaftlich je einen Abbruch getan, dass von den 48 Staaten nicht weniger als 17 (Stand 1930) einen geringeren Bevölkerungsstand aufwiesen als unser Land Baden (...)? Hat es der Wirtschaft der Schweiz je wirtschaftlichen Schaden eingebracht, dass von den 25 Kantonen der Schweiz auch nicht ein einziger mit seiner Bevölkerungsziffer und damit auch seiner Wirtschaftskraft entfernt an die Bevölkerungsziffer und die wirtschaftliche Potenz der derzeitigen Länder Württemberg-

Hohenzollern und Baden heranreicht? (...) Alle diese Fragen stellen heißt sie auch verneinen. Die unangefochtene Existenz großer und kleiner, auf Kleinstaatenbildung beruhender echter Konföderationen erweist die Berechtigung der Argumente der Südweststaatsgegner, dass bündisches Zusammenleben und Zusammenspiel unabhängig von der Größe der einzelnen Bundesglieder möglich ist und dass die Behauptung dieses Sachverhaltes mit „Gefühlsbetonung“ nicht das Geringste zu schaffen hat. Südkurier, 14. 09. 1950



Leo Wohleb, Staatspräsident von Baden 1947 bis 1952
 © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg